



Marburg, 12.07.2023

Ort, Datum

Eingang:

TOP:

„Bürgerliste Weiterdenken - WDMR“
Dr. Frank Michler

Lfd.Nr.

Konkurrenzantrag zur Kreistagssitzung am 14.07.2023

Konkurrenzantrag des Abgeordneten Dr. Frank Michler (Bürgerliste Weiterdenken) zum Antrag der Fraktionen SPD und CDU „Kooperation von Bundeswehr mit Wirtschaft und Arbeitgebern zur Stärkung des Reservedienstes“

Antrag „Nein zur Militarisierung! Ja zur Sozialen Verteidigung!“

Beschluss:

Der Antrag ersetzt den vorliegenden Antrag (Konkurrenzantrag gemäß §26 Abs. 2 der GO):

„Der Kreistag lehnt die Bemühungen der Bundeswehr ab, auf Ebene des Landeskommandos Hessen und der Kreisverbindungskommandos, eine engere Kooperation zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Arbeitgebern aufzubauen. Anstelle einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft regt der Kreistag eine Verankerung der Konzepte der Sozialen Verteidigung auf allen gesellschaftlichen Ebenen an.

- Der Kreisausschuss wird gebeten, im „Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Digitalisierung“ die Konzepte, Grundannahmen und Grenzen der Sozialen Verteidigung vorzustellen oder von einem dafür eingeladenen Referenten vorstellen zu lassen.

Es ist absehbar, dass mit einer Militarisierung der Gesellschaft auch die Kriegsgefahr steigt und gesellschaftliche Ressourcen für Kriegswirtschaft verschwendet werden, die dann an anderer Stelle fehlen. Der Landkreis sollte vorausschauend agieren und einer weiteren Militarisierung entgegenwirken.“

Begründung:

Nein zur Militarisierung!

Im Mai 2022 bemängelte die grüne Außenministerin Baerbock den derzeit (noch) schwach ausgeprägten Kriegs-Enthusiasmus (taz: „Baerbock warnt vor einer Kriegsmüdigkeit“ [1]). Nun

wollen SPD und CDU mit ihrem Antrag eine engere Kooperation der Bundeswehr mit Wirtschaft und Arbeitgebern fördern. Diese Bemühungen sind ein Schritt zu einer Militarisierung der Gesellschaft. Konzepte der gewaltsamen militärischen Konfliktlösung werden dadurch in die Gesellschaft getragen und dort tiefer verankert. Die Gefahr der Eskalation des Stellvertreterkrieges zwischen Russland und den USA in der Ukraine hin zu einem Dritten Weltkrieg zwischen der NATO und Russland wird dadurch nicht geringer sondern weiter angeheizt.

Soziale Verteidigung statt Militarisierung

Statt immer mehr gesellschaftliche Ressourcen in Richtung Militär und Kriegswirtschaft umzuverteilen, sollte der Landkreis aktiv dazu beitragen, Alternativen zu gewaltsamer und militärischer Konfliktlösung zu stärken. Der Landkreis sollte daher über die Konzepte der Sozialen Verteidigung [2] aufklären und dazu beitragen, diese weiterzuentwickeln und gesellschaftlich zu verankern.

Katastrophenschutz: THW statt Militär!

Der Katastrophenschutz sollte nicht Vorwand für eine Militarisierung der Gesellschaft und die Normalisierung von Bundeswehreinmärschen im Inland missbraucht werden! Für den Katastrophenschutz ist u.a. das THW zuständig und sollte gestärkt werden, wenn es da Defizite gibt.

Einsätze der Bundeswehr im Inneren verfassungsrechtlich fragwürdig!

Sowohl in der Antragsbegründung von SPD und CDU als auch im Diskussionsbeitrag der Grünen im Ausschuss wird auf die „Bekämpfung der Corona-Pandemie“ als Begründung für eine Notwendigkeit stärkerer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verwiesen. Dies ist verfassungsrechtlich äußerst fragwürdig!

Die zentrale Norm zur Bundeswehr im ersten Satz von Art. 87a des Grundgesetzes lautet: „*Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf*“. Damit ist klar gestellt, dass die Hauptaufgabe der Bundeswehr die Landesverteidigung ist. Der Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler unterstreicht dies: „*Grundsätzlich aber hat die Bundeswehr im Inneren nichts zu suchen*“ [3]. Im rnd-Artikel vom 11.11.2020 heißt es weiter [3]:

Dies sei eine Lehre aus der Geschichte. „Das Grundgesetz ist eine Antwort auf das total durchmilitarisierte Nazi-Deutschland.“ Bewaffnete Soldaten, die etwa mit gepanzerten Fahrzeugen im Inland Parlamente schützen, seien undenkbar. „Die Bundeswehr darf vom Grundgesetz her nur die Bundesrepublik Deutschland nach Außen verteidigen.“

Durch Militarisierung gebundene Ressourcen fehlen woanders!

Gesellschaftliche Ressourcen, die für eine Militarisierung der Gesellschaft und eine Ausweitung der Kriegswirtschaft verwendet werden, fehlen an anderer Stelle. Dies gilt auch für die Arbeitszeit, Ausbildung und die Ausrüstung von Reservisten. Der Landkreis sollte daher allen Militarisierungsbestrebungen entgegenzutreten und stattdessen die Zivilgesellschaft stärken.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Quellen:

[1] taz, 25.05.2022: „*Bundesaußenministerin Annalena Baerbock warnt vor einer Kriegsmüdigkeit in den westlichen Staaten. „Wir haben einen Moment der Fatigue erreicht“, sagt Baerbock ...*“

<https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-!/5857171/>

[2] DFG-VK: „Soziale Verteidigung: Ohne Waffen – aber nicht wehrlos!“
<https://www.youtube.com/watch?v=03ageQyTzpU>
<https://dfg-vk.de/soziale-verteidigung-ohne-waffen-aber-nicht-wehrlos/>

[3] rnd, 11.11.2020: Volker Boehme-Neßler zu Bundeswehr-Einsätzen im Inneren
<https://www.rnd.de/politik/corona-einsatz-der-bundeswehr-verfassungsrechtler-sieht-hohe-hurden-Y64KI3EDYMC7XUUNMAEYVE24HQ.html>

gez.: Dr. Frank Michler (Bürgerliste Weiterdenken – WDMR)